

An  
Stadt Volkach  
Bürgermeister Heiko Bäuerlein  
Am Marktplatz 1  
97332 Volkach

Volkach, 3. Dezember 2021

## **Anschlag- und Plakatierungsverordnung für Wahlwerbung**

**Sehr geehrter Herr Bürgermeister Bäuerlein,  
sehr geehrte Mitglieder des Stadtrats,**

rückblickend auf die vergangene Kommunal- und Bundestagswahl und die ausufernde Wahlwerbung für die Parteien, möchte die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN folgenden Antrag stellen:

1. Die Stadt Volkach untersagt in Zukunft jegliches Plakatieren von Wahlwerbung in Form von Dreieckstafeln, Laternenwerbung oder Plakaten an Schildern etc.
2. Weiterhin sollen künftig keine Werbeplakate an Bauzäunen angebracht und auch keine Großplakate mehr aufgestellt werden.
3. Wahlwerbung soll ausschließlich an speziellen und geeigneten Tafeln an mehreren zentralen Stellen in der Stadt und den Ortsteilen angebracht werden, so wie es z. B. Marktbreit und viele andere bayerische Kommunen seit Jahren praktizieren. Idealerweise werden seitens des Ordnungsamtes mögliche Stellen und Aufteilungen benannt (und im Vorfeld kurz abgestimmt).
4. Die aktuell gültige Sondernutzungssatzung soll entsprechend geändert werden und dem Stadtrat zur finalen Entscheidung rechtzeitig vor der nächsten Wahl (Herbst 2023) bis zum 31.12.2022 zur Beschließung vorgelegt werden.

### **Begründung:**

Die bisherige Art der Wahlwerbung in Volkach ist bei den heute verfügbaren medialen Möglichkeiten nicht mehr zeitgemäß.

Durch das Umstellen der Wahlwerbung von einer Plakatflut auf einige Plakatwände, leisten wir einen kleinen konkreten Beitrag zum Umwelt- und damit Klimaschutz. Jedes Plakat erzeugt unnötigen Müll. Die zahlreichen, meist aus Hohlkammerplastik gefertigten Plakate, vermehren den Plastikmüll ebenso wie die unzähligen Kabelbinder. Wenn man sich vor Augen hält, wieviel Wasser, Holz, Öl und Energie zur Produktion dieser äußerst kurzlebigen Produkte verschwendet wird, so kommen wir zu der Überzeugung, dass wir uns diesen Umgang mit Rohstoffen nicht mehr leisten können und wollen.

Daher bitten wir Sie, im Sinne unserer Umwelt und für zukünftige Generationen, diese Verschwendung zu beenden. Als Fairtrade-Stadt haben wir uns auch dem SDG 11 – Sustainable Development Goal „Nachhaltige Städte und Gemeinden“ verschrieben. Die Stadt Kitzingen hat gestern auf interfraktionellen Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CSU den obigen Punkten zugestimmt. Wir hoffen auf Ihre Zustimmung zum Wohl der Bürger\*innen unserer Stadt.

Mit freundlichen Grüßen

**Andrea Rauch**

**Marlies Dumbsky**

**Moritz Hornung**